

*Aufruf von Theodor Wolff am 16.11.1918 in der
Abendausgabe des Berliner Tageblattes*

Die große demokratische Partei

Es ist wohl nicht vermessen, zu sagen, dass durch den heute früh veröffentlichten Aufruf zur Bildung einer großen demokratischen Partei, der Wunsch unzähliger Menschen in Deutschland erfüllt worden ist. Heute vor einer Woche wurde die verspätete Abdankung Wilhelms II. bekannt gegeben, die Revolution zog mit elementarer Gewalt durch Berlin. In diesen acht Tagen wurde all denjenigen, die zum Handeln verpflichtet schienen, von überall her zugerufen: der Augenblick ist gekommen, schafft uns die große demokratische Partei! Schon am Revolutionssonntag stand die Tatsache, dass die Partei kommen werde, fest. Diese Parteigründung war nicht, wie gewöhnlich solche Unternehmungen, ein Kunstprodukt, sondern eine Selbstverständlichkeit. Die Zustimmungen kamen von der fortschrittlichen Volkspartei, von den Linksnationalliberalen, von den Jungliberalen und aus jenen demokratischen Kreisen, die links von den Fortschrittler stehen. Sie kamen vor allem auch von vielen ausgezeichneten Männern und Frauen, die sich bisher zu keiner Partei gerechnet haben, da ihnen die sämtlichen politischen Gruppen gleich reizlos gewesen sind. Durch die Verkehrsstörungen ist die Umfrage im Reiche sehr erschwert worden, aber jetzt schon wissen wir, dass man in allen Teilen Deutschlands die demokratische Partei mit Freude begrüßt.

Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, dass die neue Partei sich nicht nach den Ideen jener Sammlungspolitiker, die früher in Mischmaschplänen das höchste Heil erblickten, gestalten soll. Diejenigen, von denen der Gedanke dieser Gründung ausgegangen ist, lehnen eine überall herumschielende Politik und lahme Kompromisse mit Entschiedenheit ab. Wer heute noch glaubt, dass nach solch furchtbaren Erlebnissen große Volksteile sich durch taktische Kunststücke leiten lassen könnten, ist unheilbar blind. Und wer versuchen möchte, in die demokratische Hülle ganz andere Dinge einzuwickeln, bleibt der neuen Partei besser fern. Wir wollen nicht eine von rechts oder links her verfälschte, sondern eine wahre Demokratie. Eine Demokratie, die mit warmem Herzen und klarem Blick in gemeinsamer Entschließung die ungeheueren Wunden heilt.

Diejenigen, die sich in der neuen Partei zusammenfinden, erklären mit ihrer Unterschrift, dass sie sich „auf den Boden der **republikanischen Staatsform** stellen“. Sie erklären, dass sie bei den Wahlen für die republikanische Staatsform eintreten wollen, dass aber „eine unter allen nötigen Garantien gewählte Nationalversammlung die Entscheidung über die Verfassung treffen muß“. Das Bekenntnis zur Republik mag manchem nicht ganz leicht geworden sein. Aber wo das Herz nicht spricht, siegt wenigstens die Vernunft. Kann irgendjemand glauben, den zwanzig dahingeschwundenen deutschen Fürsten könnten noch einmal die Thronessel geleimt werden, die jetzt zusammengebrochen sind? Sieht man sie mit den Prinzen und Hofmarschällen wieder, als hätte es keinen neunten November gegeben, strahlend vereint? Die Toten kehren nicht zurück. Der Nymbus der Mächtigen, die man einmal in Ohnmacht gesehen hat, ist für immer dahin. Gewiß, man könnte fragen, ob das deutsche Volk zu republikanischer Selbstregierung befähigt und veranlagt sei. Wenn es durch die gegenwärtige Krisis ohne schwere Unordnung hindurchgelangen wird, dann wird es einen Befähigungsnachweis geliefert haben, wie es noch kein republikanisches Volk auf Erden geliefert hat. Man könnte auch sagen, es würde selbst nach Ausrufung der Republik in diesem mit langer Tradition belasteten Deutschland eine zu starke monarchische Partei zurück bleiben, und daraus müssten immer wieder neue Wirren entstehen. Aber wenn die Monarchie jemals wiederkehren sollte, würde eine noch weit stärkere republikanische Partei die

revolutionäre Erinnerung hoch halten, und die Wirren blieben uns dann erst recht nicht erspart. Kann jemand daran denken, statt der Hohenzollern eine andere Fürstenfamilie feierlich nach Potsdam oder das Berliner Schloß zu setzen, auf dem gegenwärtig die rote Fahne weht? Dann würden wir neben den republikanisch Gesinnten im Lande eine Partei des „angestammten Herrscherhauses“ der Hohenzollern, und eine Partei der neuen Familie haben, und die Zeiten der Guelfen und Ghibellinen kämen zurück. Nein, das alles wäre nicht ratsam und auch sicherlich nicht schön. Jeder sollte das begreifen, ob er nun von dem monarchischem Gedanken mit Wehmut oder ohne Wehmut Abschied nimmt.

Die Kandidaten für die Wahlen bei der Nationalversammlung werden unzweideutig für die Republik eintreten müssen, wenn ihnen Unterstützung durch die neue demokratische Partei zuteil werden soll. Daß nur eine Nationalversammlung, zu der alle Klassen und Stände mit gleichem Rechte Zutritt haben, die Entscheidung über die Staatsform treffen und den Bau in all seinen Teilen herrichten kann, empfindet heute bereits, mit Ausnahme der proletarischen Diktaturfanatiker, das gesamte Volk. Vielleicht wird mancher es mit listiger Absicht, so darzustellen versuchen, als würde durch die demokratische Partei den Sozialdemokraten das Terrain streitig gemacht. Kein vernünftig rechnender, klug überlegender Sozialdemokrat wird glauben, dass diese Behauptung zutreffend sei. Auf der kurzen ersten Liste von Unterzeichnern, die heute früh dem Aufruf der neuen Partei angefügt war, befanden sich die Namen von drei Männern, die, trotz politischen Meinungsunterschiedes, ihre Begabung in den Dienst der Regierung und der Allgemeinheit stellen. Fischbeck ist Handelsminister, Gerlach ist Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern geworden, und jetzt tritt Hugo Preuß als Staatssekretär des Reichsamts des Inneren in die Regierung ein. Und die Sozialdemokratie dürfte natürlich auch wissen, dass sie, so groß ihre Macht auch ist, allein und ohne Bundesgenossen die republikanische Staatsform nicht durchsetzen, oder mindestens nicht ohne schwere Kämpfe durchzusetzen vermag. Die Schaffung einer neuen, großen demokratischen Partei, die sich zur Republik bekennt, kann für die Lösung dieser Frage entscheidend werden, denn sie sichert den sozialdemokratischen Republikanern eine starke bürgerliche Bundesgenossenschaft.

Wir werden die Regierung vor allem auch in ihren redlichen Bemühungen unterstützen, unter Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung das deutsche Volk vor den furchtbaren Gefahren zu bewahren, die ihr von der überstürzten Demobilisierung, den Transportnöten und den Ernährungsschwierigkeiten drohen. Wer die Dinge in der Nähe sieht, weiß, dass nicht nur in der Regierung, sondern ebenso auch in den Arbeiter- und Soldatenräten der ehrliche Wille besteht, dies ungeheueren Aufgaben zum allgemeinen Besten zu bewältigen, dass aber in einer von gestern auf heute geschaffenen Organisation und unter den eigenartigen revolutionären Verhältnissen Übergriffe, die mit einem Schlage ganze Industrien vernichten und Hunderttausende arbeitslos machen könnten, und ein gut meinender Dilettantismus die Gefahr vielfach noch erhöhen. Die neue demokratische Partei wird in sich die bürgerlichen Persönlichkeiten vereinigen, die dem gegenwärtigem Regime nicht mit verbohrt Abneigung oder planloser Furcht gegenüberstehen. Und der werdende Staat wird in ihr die selbstlose Bereitwilligkeit zur Mitwirkung finden, die er in diesem Augenblicke braucht. Wir wollen an der Schaffung von Ordnung und Gesetzmäßigkeit mitarbeiten, aber von dem alten Bilde der „Ordnungsparteien“ trennt uns eine Welt. Das geht schon aus den wenigen Grundsätzen der Partei, die in dem Aufruf die sozialen und wirtschaftlichen Fragen berühren, genügend hervor. Dass große Opfer gebracht werden müssen, ist jedem bürgerlichen Demokraten vollständig klar. Aber aus einem „lebensfremden, tötenden Doktrinarismus“, aus einem proletarischen Terror, aus einem Umsturz der ganzen deutschen Wirtschaftspolitik, durch „bolschewistische und bürokratische Experimente“ würde für die Arbeiter wie für die Bürger nur

unabsehbares Elend erwachsen können, und das Opfer der Vernunft, das in einer Zustimmung zu solcher Verelendungspolitik läge, lehnen wir ab.

Ob die Fortschrittliche Volkspartei und der linke Flügel der Nationalliberalen ganz in der neuen demokratischen Partei aufgehen, oder ob sie daneben selbständig weiter existieren werden, steht noch nicht fest. Alle sind willkommen, die „eine Gewährung dafür bieten, dass sie durch die Gleichheit der Grundsätze uns nahestehen“. Aber man braucht kaum erst zu sagen, dass nicht wenige unter den alten Parteipolitikern auf den Anspruch verzichten müssen, in dem neuen Deutschland Führer des Volkes zu sein. Es ist überflüssig, Sünden und Unterlassungssünden aufzurechnen, aber sollte die größte der Revolutionen, die alle Throne umgeworfen hat, an allen Parteithronen spurlos vorübergehen? Männer mit frischem, scharfem, die Zukunft klar erfassendem Geiste müssen – neben manchem mit uns einigen Parlamentarier, den wir nicht missen möchten – in die politische Führung und in die Nationalversammlung hinein. So denken wir uns die große demokratische Partei.

Der Aufruf sagt, dass Arbeiter und Soldaten die Revolution herbeigeführt haben, dass aber der Geist der Erneuerung aus allen Gruppen des Volkes heraufgestiegen sei, Die Soldaten haben bei dieser Umwälzung das meiste geleistet, und alle Gruppen, alle Schichten, alle Stände sind im Heere vereint. Wenn sie draußen auf den Schlachtfeldern gemeinsam in den sinnlosen Kampf hineingeführt wurden, haben der Soldat aus dem Bürgerhause und der Kamerad aus dem Arbeiterstande einander treu, zum Abschied, die Hand gedrückt. Wie sie dort gemeinsam in den Tod gingen, müssen sie jetzt alle zur Gestaltung neuen Lebens gemeinsam gehen. Den Männern und den Frauen, die nicht sozialdemokratisch denken, aber von warmem Kameradschaftsgefühl durchdrungen sind und es uneigennützig bestätigen wollen, rufen wir noch einmal zu:

„Schließt euch an! „ Tretet ein in die große demokratische Partei!